



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BERLINER VERBÄNDE UND KAMMERN FORDERN: POLITIK MUSS GRUNDWASSERPROBLEM UNVERZÜGLICH ANGEHEN

09.08.2011 Fachinformation

Nasse Keller, defekte Abwasserrohre und feuchte Bauwerke – Berliner Unternehmen und Gebäudeeigentümern steht das Grundwasser buchstäblich bis zum Hals. Tausende Wohngebäude und jedes fünfte Industrieunternehmen sind allein im sogenannten Berliner Urstromtal von Grundwasserschäden betroffen. Die Starkregenereignisse der vergangenen Woche werden die Situation erneut verschärfen. Obwohl das Problem seit langem bekannt ist, verweigern sich Abgeordnetenhaus und Senat einer Lösung. In einem aktuellen Forderungspapier wird die Politik deshalb aufgerufen, konkrete Maßnahmen für eine Lösung des Problems zu ergreifen und siedlungsverträgliche Grundwasserstände in der Hauptstadt zu sichern. IHK-Hauptgeschäftsführer Jan Eder: "Das Problem zu hoher Grundwasserstände hat sich zu einem massiven Standortnachteil für die Berliner Wirtschaft entwickelt. In einer aktuellen IHK-Umfrage haben rund 20 Prozent der Industriebetriebe im Urstromtal ihre Betroffenheit gemeldet. Schon jetzt sind die Schäden immens. Das Abdichten von Gebäuden kostet mindestens 500 bis 1.000 Euro pro Quadratmeter Kellerfläche – in schwierigen Fällen ist es weitaus mehr. Bei der Trockenlegung größerer Lagerflächen gehen die Kosten schnell in Millionenhöhe. Mit diesen Herausforderungen dürfen die Unternehmen nicht alleine gelassen werden – zumal sie der Senat jährlich in Millionenhöhe mit einem Grundwasserentnahmeentgelt belastet, das einzig und alleine dazu dient, den Berliner Landeshaushalt zu sanieren. Wenn die Politik nicht unverzüglich einen langfristigen Fahrplan für die Lösung des Problems vorlegt, gefährdet diese Haltung Arbeitsplätze und Investitionen in der Stadt." Maren Kern, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU): "Es kann nicht sein, dass das Land dem steigenden Grundwasserspiegel weiterhin tatenlos zusieht. Da tausende Haushalte von diesem Problem betroffen sind, ist das Land hier in der Pflicht. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass die steigenden Grundwasserpegel auch eine Folge des hohen Berliner Wasserpreises sind: Weil Wasser so teuer ist, ist der Wasserverbrauch pro Kopf in Berlin sehr niedrig." Hiltrud Sprungala, Geschäftsführerin des BFW Berlin/Brandenburg: "In den Programmen aller Parteien im Abgeordnetenhaus wird dem Thema Nachhaltigkeit hohe Priorität beigelegt. Die Bereitschaft zum Ergreifen ganz konkreter Maßnahmen zur Lösung des Berliner Grundwasserproblems als ein Kernbestandteil langfristiger Strategien des Umgangs mit den Berliner Wasserressourcen ist ein wichtiger Prüfstein, ob es sich hier um echtes Engagement für Nachhaltigkeit oder um folgenlose Lippenbekenntnisse handelt." Dieter Blümmel, Sprecher von Haus & Grund Berlin: "Durch die Schließung von Brunnen und dem Verzicht auf ein aktives Grundwassermanagement zahlen Grundstückseigentümer doppelt. Höhere Wasser- und Abwasserpreise, zusätzliche Kosten für die Sanierung von Kellern und die Schadensbeseitigung: Wir halten das für ungeheuerlich." Peter Ohm, Präsident des Verband Deutscher Grundstücksnutzer e. V. (VDGN): "Der VDGN – in Zusammenarbeit mit dem VfU – konfrontiert das Land Berlin seit über zwölf Jahren mit der Grundwasserproblematik. Resultat: Die Flut steigt! Berlin schweigt! Das muß sich ändern. Das Land Berlin muss sich endlich der Bedrohung und seiner eigenen Verantwortung stellen. Der raschen und deutlichen Reduzierung der Wasserpreise kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu." Konkret fordern die Unterzeichner die sofortige Einrichtung einer Grundwasserkonferenz. Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik müssen in diesem Gremium Lösungsvorschläge für die dringendsten Herausforderungen ausarbeiten: Die sinkende Grundwasserentnahme in Berlin muss ökologisch verträglich auf das notwendige Maß gesteigert werden. Grundwasserstände müssen durch Baumaßnahmen, Brunnen oder Staustufen aktiv reguliert werden. Gebäudeeigentümer

müssen bei der Beseitigung von Schäden und bei der Prävention vor hohem Grundwasser aktiv unterstützt werden. Gemeinsame Presseerklärung Verbändepapier

Downloads

18EA002_2011_08_09%20PM_Grundwasser-v.2.0	162
	PDF

18EA006_Grundwasser_Verbaendepapier%20-%20FINAL	162
	PDF

<https://bbu.de/beitraege/berliner-verbaende-und-kammern-fordern-politik-muss-grundwasserproblem-unverzueglich-angehen>